RUSSLAND

Schiffe versenken

Im Schwarzen Meer vor der Küste von Abchasien drohen Seegefechte zwischen der russischen und der georgischen Marine. Zum Schutz der von Georgien abgespaltenen Teilrepublik hat Russland jetzt eine Fregatte und zehn Schnellboote in die Hafenstadt Otschamschira entsandt. Abchasiens Präsident Sergej Bagapsch gab zudem der Flotte seines Landes den Befehl, „georgische Schiffe zu vernichten“, wenn sie in „unser Hoheitsgebiet“ eindringen. Die Küstenrepublik mit etwa 200 000 Einwohnern ist bislang nur von Russland, Nicaragua und Venezuela anerkannt worden. Georgien dagegen hat die Sezessionisten mit einer Seeblockade belegt. Immer wieder hat die georgische Küstenwache Handelsschiffe, vor allem aus der Türkei, die den Hafen der abchasischen Hauptstadt Suchumi ansteuerten, aufgebracht – so am 16. August ein Schiff, das Benzin

AP

Russische Küstenwache vor Abchasien

und Diesel geladen hatte. Ein georgisches Gericht verurteilte den türkischen Kapitän daraufhin zu einer Haftstrafe von 24 Jahren. In einem Berufungsverfahren wurde die Strafe nach Protesten der Regierung in Ankara auf fünf Jahre zur Bewährung reduziert. Jetzt kündigten Abchasien und Russland „adäquate Maßnahmen gegen georgische Piraten“ an. Russland hat dem verbündeten Abchasien schätzungsweise mehr als 30 Küstenschutzboote samt Bordkanonen für seine Flotte übergeben. Georgien dagegen betrachtet die Gewässer vor Abchasien als eigenes Hoheitsgebiet und droht damit, jegliches Eindringen zu verhindern. Zur georgischen Seestreitmacht gehört auch das frühere deutsche Minensuchboot „Minden“, jetzt „Ayety“ genannt. Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili sieht sein Land in einer „ständigen Konfrontation mit dem imperialistischen Monster Russland“, das er einen „grausamen Feind“ nennt.

YEMENI ARMY / DPA

Jemenitische Soldaten beim Einsatz gegen Huthi-Rebellen

JEMEN

Schiiten beklagen Unterdrückung

Mit einem massiven Einsatz von Militär im Norden bringt Jemens Regierung die Schiiten des gesamten Nahen Ostens gegen sich auf. Mehrere hundert Menschen sind in den letzten Wochen bei den Kämpfen mit schiitischen Huthi-Rebellen ums Leben gekommen, allein 76 bei Schießereien am vergangenen Dienstag. Zehntausende sind auf der Flucht. „Was im Jemen passiert, ist sehr schmerzvoll“, beklagte Hassan Nasrallah, Chef der libanesischen Hisbollah, jetzt in einer Rede. „Ich rufe Präsident Ali Abdullah Salih auf, einen Waffenstillstand anzuordnen.“ Nasrallah reiht sich damit ein in eine mächtige Riege von Schiitenführern, die sich mit den Rebellen im Nordjemen solidarisieren. Seit Wochen wirft Irans einflussreicher arabischsprachiger Auslandssender al-Alam Jemens Regierung vor, einen Glaubenskrieg zu führen. Jetzt bot sich der irakische Schiitenführer Muktada al-Sadr als Vermittler an, was Präsident Salih empört zurückwies. Er bezichtigte vor allem die schiitische Großmacht Iran – wo Sadr im Exil lebt – der Zusammenarbeit mit den Rebellen. Sollten iranische Kreise noch offene Rechnungen haben – mit den Ameri-

DESMOND KWANDE / AFP

Carlsson, Tsvangirai

SIMBABWE

Raus aus der Regierung?

Während Simbabwes Präsident Robert Mugabe bei der Uno-Vollversammlung in New York beweisen wollte, dass er die Zügel noch immer in der Hand hält, versinkt sein Land tiefer im Elend. Davon konnte sich jüngst eine EU-Delegation unter der schwedischen Ministerin Gunilla Carlsson persönlich überzeugen. Vor gut einem Jahr war eine Machtteilung zwischen Mugabe und seinem Widersacher Morgan Tsvangirai verabredet worden. Doch kaum eine der Vereinbarungen wurde umgesetzt. Die versprochene Rückzahlung von Schulden an den Internationalen Währungsfonds ist ausgeblieben, die Medien bleiben der Zensur unterworfen, Mugabes Partei Zanu-PF blockiert eine neue Verfassung. Nach wie vor werden Ländereien der letzten weißen Großbauern von Mugabes Generälen und Parteifunktionären besetzt oder geplündert, zudem haben seine Schergen nun ein Auge auf die privaten Tierreservate geworfen. Sie sind lukrativ, weil mit Safaris und Abschusslizenzen viel leichter Geld zu verdienen ist als mit zeit- und arbeitsintensiver Landwirtschaft. Safari-Anbieter werden gezwungen, Mugabe-Freunde zu beteiligen. Beim Zanu-Koalitionspartner MDC, der mit Tsvangirai immerhin den Premierminister stellt, ist die Frustration über die Blockadepolitik Mugabes groß. Die Spitze der MDC will in den kommenden Wochen in landesweiten Parteiversammlungen ausloten, ob sie das Abkommen mit Mugabe aufkündigen und die Regierung verlassen soll.

kanern, mit Saudi-Arabien oder mit einzelnen Golfstaaten –, dann sollten sie deshalb kein jemenitisches Blut vergießen, sagte der Präsident dem Satellitenkanal al-Dschasira. Nachrichtendienste in Kairo, Khartum und Beirut beschuldigen Iran seit langem, militante Bewegungen in der arabischen Welt mit Waffen zu versorgen. Ob das auch für den Jemen zutrifft, ist bislang aber nicht bewiesen. Schiitische Politiker würden den Konflikt im Jemen missbrauchen, um sich zu profilieren, glaubt dagegen die Jemen-Expertin Nicole Stracke vom Gulf Research Center in Dubai.

NAHOST

Erfolgloser Dreiergipfel

US-Präsident Barack Obamas Bemühungen, den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern wieder anzukurbeln, sind in eine Sackgasse geraten. Mehrfach musste Obama eigene Ankündigungen kassieren. So forderte Washington von Israel monatelang einen „vollständigen Siedlungsstopp“ im besetzten Westjordanland. Am vergangenen Dienstag, beim Gipfel mit dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, verlangte Obama von Jerusalem nur noch „Zurückhaltung“ beim Siedlungsbau. „Zurückhaltung ist nicht Einfrieren“, freute sich Netanjahu anschließend im kleinen Kreis. Wenige Stunden später wurde bekannt, dass Israels Verteidigungsminister Ehud Barak den Bau von 37 neuen Wohneinheiten in Karnei Schomron im Westjordanland genehmigt hat. Eigentlich sollte das Dreiertreffen in New York zum Startschuss für neue Verhandlungen werden, doch es reichte nicht einmal für eine gemeinsame Absichtserklärung. Obamas Nahost-Gesandter George Mitchell hatte das Scheitern geahnt und seinem Präsidenten geraten, das Treffen abzusagen. Doch Obama bestand auf dem Gipfel, um seine Erfolglosigkeit nicht auch noch öffentlich einzugestehen.

DOUG MILLS / NEW YORK TIMES / LAIF

Netanjahu, Obama, Abbas

FRANKREICH

Geheimdienst fürchtet Sozialkonflikte

Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise droht Frankreichs Unternehmen ein heißer Herbst: Nach einer Darstellung des Nachrichtendienstes SDIG für Innenminister Brice Hortefeux könnten der Republik eine Serie von Gewalttaten gegen Firmenbosse und spektakuläre Aktionen bevorstehen – wie etwa Fabrikbesetzungen oder Erpressungsversuche mit Sprengstoff. Die Spezialisten der Inlandsaufklärung sehen das explosive Konfliktpotential in der hohen Zahl von Sozialplänen, die im Frühjahr vereinbart wurden und jetzt abgewickelt werden müssen. Aufgebracht durch Massenentlassungen, waren Frankreichs Arbeitnehmer seit Februar bereits mehr als 30-mal auf die Barrikaden gegangen und hatten Manager in ihren Büros eingesperrt – so etwa beim Mischkonzern 3M im zentralfranzösischen Phithiviers oder bei Caterpillar in Grenoble. Trotz deutlicher Kritik von Präsident Nicolas Sarkozy – „Wir sind ein Rechtsstaat, ich werde so etwas nicht zulassen“ – hielten die Angestellten der Elektronikfirma Molex im südfranzösischen Villemur-sur-Tarn zwei Führungskräfte fast 30 Stunden gegen ihren Willen fest. Mit weiterer Radikalisierung der Arbeitnehmer erwarten die Geheimdienste obendrein eine Zunahme von Sprengstoffdrohungen: Beim Telekommunikationsmulti Nortel unweit von Paris oder beim Autozulieferer New Fabris in Châtellerault bei Poitiers hatten gefeuerte Angestellte mit der Explosion von Gasflaschen gedroht – und damit für landesweite Aufmerksamkeit gesorgt.

ALAIN JOCARD / AFP

Besetzung der Firma New Fabris in Châtellerault